

Brita Krucsay

„The Stockholm Criminology Symposium“

Tagung des Swedish National Council for Crime Prevention, 4. bis 6. Juli 2007 in Stockholm

Das Interesse war groß: Rund 600 Leute unterschiedlicher Professionen fanden sich in der Universität Stockholm ein, in der zum zweiten Mal das Stockholm Criminology Symposium in Kombination mit der Verleihung des Stockholm Criminology Preises stattfand. Zentrales Ziel der vom schwedischen *National Council for Crime Prevention* organisierten Veranstaltung war die Schaffung eines Rahmens, in dem verschiedenste Akteurinnen aus Theorie, Praxis und Politik Strategien zur „Kriminalitätsreduktion“ und „Erhöhung gesellschaftlicher Sicherheit“ diskutieren und weiterentwickeln sollten.

Gleich vorweg: In wie weit diese Zielsetzung schließlich tatsächlich erreicht wurde, kann hier nicht beurteilt werden – als einzelne Teilnehmerin einen Eindruck über den Ertrag der Gesamtveranstaltung zu gewinnen war angesichts des dichten Programms nicht möglich: schier unzählige Vorträge, zusammengefasst in insgesamt 76 „Sessions“, die ihrerseits wieder drei

„High Profile Sub-Conferences“ („Protecting Children from Crime“, „Effective and fair Police Methods“, „Turning Points in Criminality“) sowie vier weiteren Themenbereichen zugeordnet waren („Ending Violence against Women“, „Organized and Economic Crime“, „National Crime Prevention Strategies“ und „Other“). Wobei die Kriterien, nach denen die Beiträge den Themenfeldern zugeordnet wurden, mitunter etwas diffus und manche Vortragskombinationen – sowohl inhaltlich als auch paradigmatisch – etwas willkürlich konstruiert anmuteten.

Angesichts der zahlreichen Parallelsitzungen erwies es sich als undurchführbar, tatsächlich eine oder gar mehrere „Subkonferenzen“ bzw. Themenblöcke komplett zu absolvieren und damit einen „roten Faden“ zwischen Beginn und Abschluss der Konferenz zu spannen. Abgesehen davon war das Symposium jedoch ein eindrucksvoller Beweis kriminologischer Vielfalt, sowohl was die Themen als auch die disziplinären Hintergründe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrifft: Die Beiträge erstreckten sich von Grundlagenforschung bis hin zu komplexen theoretisch-empirischen Fragestellungen, es fanden sich systemkritische Ansätze und, ja: auch affirmativ ausgerichtete quantitative Studien mit den unvermeidlichen Testungen eher banaler Hypothesen wurden präsentiert.

Im Folgenden also einige prägnante Beiträge und damit verbunden der Versuch, zumindest ausschnitthaft einen Eindruck des Symposiums zu vermitteln.

Sehr unterschiedliche und streckenweise ziemlich innovative Beiträge fanden sich in der Subkonferenz „Protecting children from crime“:

John Hagans Beitrag „The Mean Streets of Global Village: Family Displacement, Disruption, Destruction and Delinquency“ verwies nicht zuletzt auf eine mögliche doppelte Lesart des Subkonferenztitels: Dass zahlreichen Menschen – darunter etlichen Kindern – weltweit das Recht auf Schutz ihres Lebens, zumeist mittels Nichtgewährens von Asyl, verwehrt wird und diese auf unterschiedliche Weisen der sozialen Exklusion anheimfallen, ist für sich bereits häufig ein krimineller Akt. In einem Vergleich zwischen dem „globalen Süden“ (am Beispiel von Darfur und Südamerika) und dem „globalen Norden“ (am Beispiel der USA) beleuchtete Hagan staatlich initiierte Prozesse des sozialen Ausschlusses von Familien und deren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Während die Vereinigten Staaten in ihrem in den 90er Jahren proklamierten „War on Drugs“ verstärkt auf punitive und stigmatisierende Sanktionsmaßnahmen zurückgriffen und so mittels „legaler Exklusion“ gleichsam eine „neue Klasse“ aufsässiger und gewalttätiger jugendlicher Gesetzesbrecher kreierte, bedienen sich einige afrikanische Nationen augenscheinlich krimineller Formen sozialen Ausschlusses. Anhand ausgewählter Regionen in Darfur beleuchtete Hagan, wie Völkermord und Kriegsverbrechen nicht „nur“ Individuen, sondern ganze Familiensysteme zerstören und der damit geschaffenen Generation

heimatloser, traumatisierter und schutzloser Kinder fast unausweichlich kriminelle Karrieren bevorstehen: sei es als kriminalisierte „Rebellen“ im eigenen Land oder als häufig illegalisierte, zumeist jedenfalls unerwünschte und chancenlose Asylbewerberinnen im „sicheren Westen“. In der komplexen und vielschichtigen Darstellung der Interaktionen zwischen medialen und politischen Diskursen der jeweiligen Staaten, den betroffenen Individuen und der Rolle und den Strategien der internationalen Staatengemeinschaft zeigten sich zu den Themen ‚Rasse‘, ‚Kriminalität‘ und ‚Strafe‘ einige erstaunliche Parallelen zwischen Amerika und Afrika. Als Fazit blieb jedoch nicht allgemeine Hilflosigkeit zurück, vielmehr plädierte Hagan für den verstärkten Einsatz von Restorative Justice innerhalb der Nationen sowie ein humanes Asylrecht als globale Herausforderung und Verantwortung. Nicht zuletzt bedürften die dargestellten Entwicklungen eines umfassenderen Blickwinkels der Forschung, weswegen es an der Zeit für die Etablierung einer „International Public Criminology“ sei.

Zu einem ebenfalls mit der Globalisierung einhergehenden Problem referierte *Luc Ferran* von *ECPAT International*, der Koordinationsstelle gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern, in seinem Beitrag „Contemporary Child Sex Slave Trade and Tourism – Prevention and Experiences from a Global Perspective“. Mit dem Anstieg der internationalen Mobilität (etwa durch billige Fernreisen) ist die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern zu einem höchst lukrativen Wirtschaftszweig in zahlreichen Regionen der Welt avanciert: Neben Thailand und den Philippinen sind beispielsweise auch Kenia, Sri Lanka, Indien, Brasilien, Russland und Bulgarien betroffen. Und obwohl zur sexuellen Ausbeutung von Kindern in 35 Ländern eine einschlägige Gesetzgebung existiert, findet extraterritoriales Recht hier kaum Anwendung, was de facto einer „Entkriminalisierung“ gleichkommt, zumal auch die nationalen Behörden diese Delikte schlichtweg nicht verfolgen. ECPAT versucht Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen zu setzen, wobei auffällt, dass sich diese ausschließlich auf Abschreckung, Bestrafung und soziale Kontrolle potentieller Täter beziehen. So zielen die vorgestellten Kampagnen nicht bloß darauf ab, potentiellen Kunden von minderjährigen Prostituierten die Strafbarkeit ihrer Handlungen vor Augen zu führen, sondern sie versuchen ebenso, Touristen allgemein in die Verantwortung zu nehmen, ihre Mitreisenden hinsichtlich einschlägiger Aktivitäten zu beobachten und natürlich bei Bestätigung des Verdachts anzuzeigen. Auf andere – globale wie nationale – Faktoren, die Ausbeutung von Menschen erst ermöglichen, etwa wirtschaftliche Abhängigkeiten betroffener Staaten, Armut und soziale Ungleichheit innerhalb und zwischen Nationen, wurde allerdings nicht eingegangen, was m.E. auch dazu beitrug, dass die Perspektive der betroffenen Kinder letztlich keinen Platz fand. Und die Frage, ob die Konsumenten von Kinderprostitution tatsächlich häufig erst durch „günstige“ Gelegenheitsstrukturen zu „Tätern“ würden und es

deswegen ausschließlich darum gehe, Kontrollen bzw. Strafmaßnahmen effektiver zu machen, blieb unbeantwortet bzw. wurde erst gar nicht gestellt.

Pam Cox (University of Essex) berichtete in ihrem Beitrag über ihre Studie zum Thema „Veränderungen im Jugendrecht in Vietnam“, die sie – auch in ihrer Funktion als Beraterin einer großen für Kinderrechte tätigen NGO in drei Jugendstrafanstalten („reform schools“) in Hanoi durchgeführt hatte. Dass eine solche Studie überhaupt ermöglicht wurde, kann bereits als Zeichen tendenzieller Öffnung der vormals hermetisch abgeschotteten vietnamesischen Jugendpolitik betrachtet werden, was wiederum auch mit einer „Öffnung“ des Kommunismus in Richtung marktwirtschaftlicher Strukturen zusammenhängt. Die durch diese ökonomischen Entwicklungen entstehenden neuen Dimensionen von Besitz und damit sozialer Ungleichheit werden im öffentlichen Diskurs als Indizien für den Übergang von einer „low-“ zu einer „high crime society“ wahrgenommen und häufig sehr skeptisch betrachtet. Spannend hierzu sind die gängigen Vorstellungen zu den Auslösern jugendlicher Kriminalität, wie etwa Internet, Karaoke, Drogen, Discos und Jugendbanden, die uns ja auch hierzulande bekannt vorkommen dürften. Die Implementierung formalisierter und professionalisierter kindzentrierter Projekte in die bestehenden traditionellen, teils sehr autoritären und häufig informellen Strukturen mit dem langfristigen Ziel eines pluralistischen und gemäß westlichen Kriterien kinderrechtsbasierten Jugendrechts erweist sich jedenfalls als paradigmatischer Balanceakt, der sicherlich noch viele Fragen aufwerfen und Zeit benötigen wird.

Auch der Bereich „(Re-)integrative Maßnahmen als Bearbeitungsstrategien von Kriminalität“ wurde unter unterschiedlichen Aspekten beleuchtet:

Heather Strang (Australian National University) ging in ihrem Beitrag der Frage nach, weshalb jugendliche delinquente Aborigines entgegen allen ursprünglichen theoretisch fundierten Erwartungen nach Absolvierung von Restorative Justice-Verfahren deutlich häufiger rückfällig wurden als nach gewöhnlichen Gerichtsprozessen (ganz im Gegensatz zur nicht indigenen Vergleichsgruppe). Als marginalisierte und im Justizsystem (als Angeklagte/Verurteilte) extrem überrepräsentierte Gruppe mit einem denkbar schlechten Verhältnis zur Polizei waren die Aborigines den Projektverantwortlichen eigentlich als „ideale“ Zielgruppe für Restorative Justice (im Weiteren: „R.J.“) erschienen, doch die Forschungsergebnisse ergaben, dass die Täter nach R.J. Prozessen in ihren Sozialbeziehungen wesentlich weniger Vergebung und damit Reintegration erfuhren als nach Gerichtsprozessen und sie die R.J.-Verfahren selbst als wesentlich bedrohlicher und stigmatisierender erlebten. Die Gründe für diese überraschenden Ergebnisse blieben bis dato unklar, ebenso, welche Konsequenzen sich daraus für das Rechtssystem ableiten lassen.

Die Grenzen der Anwendung von R.J. werden in gegenwärtigen Rechtssystemen jedenfalls nicht bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gezogen, son-

dem vielmehr bei schweren Gewaltdelikten. Ob diese bzw. andere Grenzziehungen Sinn machen oder R.J. grundsätzlich bei allen, auch bei so genannten „Hassdelikten“, sinnvoll ist, war Gegenstand der Beiträge von *Antony Pemberton (Tilburg University)* und *Theo Gavrielides (Independent Academic Research Studies & ROTA)*. Pemberton setzte sich mit feministischer Kritik am Einsatz von R.J. bei Gewalt in Intimbeziehungen auseinander, deren Kernelemente sich u.a. auf die hohe Täterorientierung und den vergleichsweise geringen Stellenwert bzw. eine undifferenzierte Sichtweise der Opfer beziehen. Pemberton schloss sich dieser Kritik an, plädierte allerdings dafür, dies als grundsätzliches, nicht auf Geschlechterbeziehungen eingeschränktes, Problem der R.J. zu betrachten, das einer umfassenden Weiterbearbeitung bzw. Klärung bedürfe. Dem Vorwurf, R.J. wirke tendenziell herrschaftsstabilisierend und schwäche die Position des bereits traumatisierten Opfers noch weiter, hielt er entgegen, dass auch Gewalt in Intimbeziehungen nicht immer den gleichen Mustern folge und R.J. das Potential habe, auf diese Unterschiedlichkeiten einzugehen. Gleichzeitig räumte er aber ein, dass in diesem Zusammenhang eventuell direktivere, therapeutische Methoden geeigneter wären als Mediation bzw. Konferenzen.

Gavrielides erörterte schließlich die Ursachen für die Ablehnung des Einsatzes von R.J. bei Hassdelikten, die in krassem Widerspruch zu den vielversprechenden Aussichten einschlägiger Literatur stehe, und gelangte zu dem Befund, dass sich eine tiefe Kluft zwischen Theoretikern und Praktikerrinnen gebildet habe. Uneinheitliche Ausbildungen, die theoretische Fundierungen vernachlässigten und unterschiedliche Zielsetzungen propagierten, führten zu einer unübersichtlichen und teils widersprüchlichen Vielzahl an Ansätzen und Strömungen, die alle unter der Marke „Restorative Justice“ rangierten. Hinzu komme die mangelhafte Einbettung in das bestehende Justizsystem, das paradigmatisch nicht auf R.J. ausgerichtet sei. Als Voraussetzung für eine – grundsätzlich sinnvolle – Ausweitung von R.J. sprach sich *Gavrielides* zunächst für eine Systematisierung der unterschiedlichen Strömungen, Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten in Theorie und Praxis und eine theoretisch fundierte Vereinheitlichung der praktischen Ausbildung aus.

Opfer krimineller Handlungen bildeten zwar keinen eigenen Themenkomplex, dennoch gab es dazu einige Beiträge, u.a. wurde ausführlich über aktuelle Entwicklungen zum Instrumentarium „Victimization Survey“ berichtet:

Wie können Angehörige von Minderheiten in Opferbefragungen adäquat und repräsentativ einbezogen werden? *Joanna Goodey (European Agency for Fundamental Rights)* referierte über die Schwierigkeiten bei der Erfassung rassistischer Übergriffe und über Ansätze, diese Daten nichtsdestotrotz einerseits zu erheben, andererseits – zunächst im EU-Raum – vergleichbar zu machen. In diesem Zusammenhang sei auf die kürzlich abgeschlossene Pilotstudie der Agentur für Grundrechte (FRA) zum Thema

„ethnic minorities‘ and migrants‘ experiences of racist crime“ in 15 EU-Staaten verwiesen. In Bezug auf die EU präsentierten *Markku Heiskanen* und *Minna Viuhko* (HEUNI) die zentralen Punkte der im Auftrag von EUROSTAT geplanten EU-weiten Opferbefragung und *Geoffrey Thomas* (EUROSTAT) die Entwicklung eines Erhebungsmoduls im Rahmen des aktuellen EU-Action- Plans zur Erfassung von Kriminalität und Strafrecht.

Ein besonders interessanter und für weitere Fragestellungen anschlussfähiger Aspekt von Opferbefragungen, der sowohl von *David W.M. Sorensen* als auch von *Ulla V. Bondesson* (beide *Universität Kopenhagen*) in unterschiedlichen Zusammenhängen dargestellt wurde, bezog sich auf deren Kontrastierung mit Anzeigendaten: In Dänemark konnte in den Zeitreihen der letzten Jahre ein deutliches Absinken der angegebenen Viktimisierungen festgestellt werden, während die Anzahl der Anzeigen in vielen Delikt-bereichen in derselben Zeit anstieg, wie übrigens auch die Anzahl der nunmehr im öffentlichen Bewusstsein als „Delikt“ wahrgenommenen „Ordnungsstörungen“. Dass im selben Zeitraum die Klage über den Kriminalitätsanstieg sowie allgemein zu geringe Strafen ein fixer Bestandteil medialer wie politischer Diskurse war, mag da nicht mehr verwundern. Erwähnenswert sind dazu schließlich die von Bondesson dargestellten differenzierten Meinungsumfragen, die ergeben, dass die Straflust der Bevölkerung weit weniger ausgeprägt sei als gewöhnliche „Gallup“-Umfragen nahe legen. Wie man derartige Sachinformationen trotz ihres geringen Sensationsgehaltes an Politik, Justiz und Öffentlichkeit transportieren könne, blieb offen, wenn man vom Vorschlag der Abfassung einfach zu lesender Forschungsberichte absieht. Patentrezepte gibt es hier wohl keine.

Vielleicht aber wird *Elaine Campbell* (*University of Newcastle*) in ihrem laufenden Forschungsprojekt, der Erarbeitung eines theoretischen Rahmens zur empirischen Erforschung des öffentlichen Vertrauens in die Staatsmacht, diesbezügliche Ansatzpunkte finden. Der erste Schritt, nämlich die Erweiterung des – sehr rational und instrumentell konzipierten – Foucault’schen Gouvernementalitätsansatz um affektive Aspekte, war Gegenstand ihrer Präsentation. Campbell schaffte es, eine komplexe Theoriediskussion mit empirischen Beispielen auf derart kreative und anschauliche Art miteinander zu verweben, dass eine „fröhliche Wissenschaft“ im wahren Wortsinn in greifbare Nähe rückte.

Das Symposium bildete auch die Rahmung für die Verleihung des „Stockholm Prize in Criminology“. Der mit umgerechnet rund €140.000,- dotierte Preis ging 2007 zu gleichen Teilen an *Alfred Blumstein* (*Carnegie Mellon University, USA*) und *Terry E. Moffit* (*Institute of Psychiatry, UK*) für deren Erkenntnisse zur Entwicklung von Kriminalität im Lebenslauf. Die Preisverleihung fand durch die Königin von Schweden in einer dem Nobelpreis nachempfundenen höchst feierlichen Zeremonie in der Stockholm City Hall statt. Zur Betonung der Bedeutung dieses Preises und damit der Kriminolo-

gie insgesamt wurde bei den Festreden mehr als einmal auf die Dotationshöhe verwiesen. Im Zusammenhang mit dem Stellenwert des Kapitals kann wohl auch die Gesamtinszenierung beim Einmarsch von Königin Sylvia (alle Anwesenden hatten aufzustehen und so bis zum königlichen Niedersetzen zu verharren) sowie beim abschließenden üppigen Festmahl (nun hatte das Bedienungspersonal stramm zu stehen sowie im Gleichschritt zu marschieren) gesehen werden, bei der soziale Ungleichheit nach allen Regeln der Kunst zelebriert wurde.

Ob sich die Kriminologie dieser Logik unterwerfen möchte bzw. damit kompatibel ist, bedarf aber wohl einer gesonderten Diskussion.

Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Museumstr. 5/12, A-1070 Wien, E-Mail: brita.krucsay@irks.at